

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1920

254 (9.6.1920) Abendausgabe

Badische Presse

Verlags-Preis:
 An Karlsruhe: Am Verlage
 und in den Anzeigebüros
 monatlich M. 4.30 frei ins Haus
 geliefert M. 5.—
 Außerhalb: Von unseren Anzeigebüros monatlich M. 5.— Durch
 die Post ausschließlich Auswärts
 bezw. Postfachbuch Nr. 4.60.
 Einzelnummer 20 Pfennig.

Anzeigen:
 Die 1. Spalte 1.50, die 2. Spalte 1.20, die 3. Spalte 1.00, die 4. Spalte 0.75, die 5. Spalte 0.50.
 Bei Wiederholung ermäßigter Abgabe, bei der Nichterfüllung des Auftrages, bei Verweigerung der Abgabe und sonstigen Umständen kann die Abgabe ohne Rücksicht auf den Inhalt der Anzeigen zurückgehalten werden.
 Bei Anzeigen, die den Inhalt der Zeitung betreffen, ist der Verleger nicht verantwortlich.
 Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter.

Geschäftsstelle: **General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.** Redaktion: Telef. Nr. 309 u. 319
 Weitau größte Bezugszahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.
Beilagen: Sportblatt * Landwirtschaft und Gartenbau * Modeblatt * Volk und Heimat.

Einenum und Verlan von
 Fern-Telegraphen.
 Geschäftsstelle: Adler-Gasse.
 Verantwortlich für den Inhalt: Dr. W. W. W.
 Dr. W. W. W. für den Inhalt: Dr. W. W. W.
 Dr. W. W. W. für den Inhalt: Dr. W. W. W.
 Dr. W. W. W. für den Inhalt: Dr. W. W. W.

Ständige Auflage
50000 Exemplare.

Verlag: Adler-Gasse, 10.
 Druck: Adler-Gasse, 10.
 Postfach: Karlsruhe Nr. 8359

Nr. 254. Karlsruhe, Mittwoch den 9. Juni 1920. 36. Jahrgang.

Zum Ergebnis der Reichstagswahlen.

○ Karlsruhe, 9. Juni. Das amtliche Ergebnis der Wahlen zum ersten Reichstag der Republik liegt nunmehr vor. Es hat die aus den einlaufenden Ergebnissen der Nacht vom 6. zum 7. Juni gezogenen Schlüsse im allgemeinen bestätigt. Heute steht fest, daß die Mehrheitssozialisten ihren im Volksmunde geträumten Namen beibehalten werden, da sie entgegen den ersten Meldungen ihre radikalere Schwesterpartei mit 30 Mandaten übertreffen. Somit ist die Sozialdemokratische Mehrheitspartei des Reichstages selbst immer noch die bei weitem stärkste. Sie wird deshalb auch in der kommenden Koalition den alten maßgebenden Einfluß behaupten. Andererseits sind die radikalen Flügelparteien so erheblich geschwächt, daß auch ihr Einfluß sich mehr als bisher Geltung verschaffen muß. Wie diesem, aus dem zahlenmäßigen Verhältnis noch parlamentarischer Methode hervorgehenden Spiegelbilde des Volkswillens Rechnung getragen werden soll, wird die Aufgabe des Reichspräsidenten sein.

Vorkünftig führt die alte Koalitionsregierung auf Wunsch Eberts die Geschäfte weiter. Unter der Hand aber finden bereits Besprechungen mit den neu gewählten Volksvertretern statt, soweit sie sich schon in Berlin befinden. Welche Parteien die Ministerkandidaten stellen werden, ist natürlicherweise auch heute noch nicht zu übersehen und es dürfte auch noch mindestens 1 Woche dauern, ehe die beginnende Klärung über die einzuschlagende Aktionspolitik zur Wahrheit geworden ist. Eine Berliner Meldung hatte bereits von einer Unterredung des Reichspräsidenten mit Stresemann gefabelt. Sie ist aber von der „Tägl. Rundschau“, dem Organ der Deutschen Volkspartei, inzwischen schon in Abrede gestellt worden. Uebrigens ist die Partei Stresemanns von den Deutschen nationalen überflügelt worden, aber selbst wenn diese Tatsache nichts daran ändern würde, daß für ein Koalitionskabinett nur die Deutsche Volkspartei in Betracht kommen könnte, so ist sie doch infolgedessen von Einfluß, als sie auf die Haltung der Schwesterpartei abdrücken dürfte. Inbesonderes die Deutsche nationale Volkspartei befaßt sich, nach den bisherigen Bestimmungen zu schließen, schon mit der Möglichkeit, die ihr gestatten würde, auch in ein Kabinett einzutreten, in welchem Mehrheitssozialisten sitzen.

Immerhin ist es sehr vorzuziehen, wenn die „Deutsche Zeitung“ folgern zu können glaubt, daß eine natürliche Mehrheit vorhanden ist. Was heißt überhaupt natürliche Mehrheit? Vermutet das deutschnationale Organ, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien es innerlich nicht rechtfertigen würde, wenn der bürgerliche Einfluß im Kabinett nicht ein entsprechendes Übergewicht über die sozialistische Tendenz erlangte? Rein rechnerisch mag es richtig sein, aber politisch ist es so nicht denkbar. Vor allen Dingen erscheint ein Zusammenarbeiten auch nur der Mehrheitssozialisten und der konstanten Vertreter des demokratischen Gedankens mit den Deutschnationalen schwer möglich. So weit ein Zusammengehen mit der links von ihr stehenden Deutschen Volkspartei erfolgt, stellt das in den Augen aller entscheidenden Rechner zur Republik und ihren demokratisch-sozialistischen Erzeugnissen den Gipfel des Entgegenkommens an die Reaktion dar. Die Haltung des Zentrums ist dabei entscheidend. Von seiner Erkenntnis wird es abhängen, ob 10 Millionen sozialistische Stimmen ausgeschaltet werden sollen oder nicht. Vor allem wird es auch verantwortlich sein für alle unheilvollen Folgen, die daraus entstehen.

Ganz im Unklaren ist man immer noch über die Haltung der Unabhängigen Soz. Partei. Ob sie wohl noch weiter unverantwortliche Oppositionsarbeit leisten will, da sie sich offenbar noch nicht an die Rette der politischen Notwendigkeiten legen lassen möchte? Und doch wird es nur durch ihre politische Mitarbeit möglich sein, eine größere Mehrheit innerhalb einer Koalition zu erzielen, welche die Rechte auszusprechen vermöchte. Ob das freilich den Anschauungen der linksbürgerlichen Wähler entsprechen würde?

Unsere Wirtschaftslage bessert sich allmählich, und die Beziehungen zu unseren früheren Feinden sangen an, sich veröhnlicher zu gestalten. Nichts wäre verheißvoller, als wenn sich die Sozialdemokratie aus tatsächlichen Gründen aus einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien ausschließen würde. Und nichts wäre andererseits schlimmer als eine Politik, die den ausgesprochenen preußischen Reaktionen innerhalb einer rein-bürgerlichen Koalition den Vorrang liehe. Nicht Recht liegt deshalb der „Vorwärts“: „Die Situation ist ernst, aber nicht verzweifelt, wenn keine Dummdinge gemacht werden.“ Man kann sagen, daß die Sozialdemokraten es selbst in der Hand haben, diese Dummdinge zu vermeiden.

Weitere Berliner Blätterstimmen.
 = Berlin, 9. Juni. Nach der „Tägl. Rundschau“ wird die Deutsche Volkspartei aus Blickweil und Oberheim zur Partei 1 unter sehr bestimmten Voraussetzungen bereit sein. Sie könne aber auch außerhalb der Koalition wirken.
 Die „Deutsche Zeitung“ schreibt, daß es keine als möglich die Sozialdemokratischen ist die Radikalen, als möglich der Lage werden und daß sie, hierin solidarisch mit den Unabhängigen, den Reichsparteien mit dem Zentrum die Regierungsmehrheit gemäßeigten wollen, auf die sie zu ihren Gunsten oder Ungunsten erstehen. Die Gangbarkeit einer solchen Koalition ist nicht verstanden, in der Zeit ihrer Verantwortlichkeit die Parteipolitiken selber auszusprechen, zu denen sie als verantwortliche Partei gekommen waren? Die Konferenz von Spaai sei aus mehrfachen Gründen verfallen worden. Die Macht einer Verantwortlichkeit, die diplomatisch verhandelt, zu überschauen, wäre ein großer Fehler. Was für die diplomatische Wirkung einer Verantwortlichkeit wesentlich in Betracht komme, ist die Legitimation durch die Stärke und den Rückhalt des Mandats.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth gegen eine Rechtschwenkung.
 = Freiburg, 8. Juni. In einer Ansprache, die Reichsfinanzminister Dr. Wirth am Abend des Wahltages in Freiburg hielt, laute er laut „Frankf. Zig.“ u. a., eine Rechtschwenkung des Staates sei abzulehnen, weil dies ein Unglück für das Vaterland bedeute. Die Mehrheitssozialisten ständen jetzt vor der Entscheidung, ob sie demokratische oder radikale Politik treiben wollten. Das erstere sei nur möglich, wenn auch beim Zentrum ausreichende, ehrliche, demokratische Politik getrieben werde. Auf das Wort des Zentrums müsse sich jede Partei verlassen können. Er ver-

kenne nicht, daß eine reaktionäre Welle über Deutschland hinweggehe.
 Dr. Wirth erklärte dann die Möglichkeit einer Verbreiterung der Basis der Koalition, zum Beispiel durch den Beitritt der deutschen liberalen Volkspartei, die von der Sozialdemokratie abgelehnt werde, da sie zu einer Spaltung dieser Partei zu führen geeignet sei und zu einer Verstärkung der Unabhängigen. Das Zentrum sei bereit, als starker Geprüfter auch in Zukunft dem Vaterland zu dienen.

Der Konflikt zwischen Schweden und Finnland.

U. Basel, 9. Juni. Der Konflikt zwischen Finnland und Schweden hat sich in den letzten 24 Stunden aufs äußerste zugespitzt. Nachrichten aus Helsingfors lassen keinen Zweifel übrig, daß Finnland mit Waffengewalt die Unantastbarkeit seines Landes verteidigen will. Militärisch dürfte Finnland Schweden bedeutend überlegen sein, denn allein an Artillerie besitzt es mehr größtenteils von den Russen ererbte Geschütze als die drei skandinavischen Länder zusammen.
 In Dänemark hofft man, daß die beiden anderen nordischen Regierungen vermittelnd eingreifen werden. Von wohlwollender Seite wird versichert, daß die Militärien in der Mandsfrage nicht entscheiden. Gewaltige Truppenmassen Finnlands sind nach Uland abgejagt, wo man einen Aufbruch erwartet.
 A. Stockholm, 8. Juni. Infolge der Zuspitzung der Lage hat sich die schwedische Regierung entschlossen, die Mitglieder des schwedischen Reichstages zu einer vertraulichen Sitzung in den nächsten Tagen zu berufen. Die Teilnahme an der für Ende des Monats in Helsingfors anberaumten Presskonferenz ist von Schweden abgelehnt. (S. 3.)

Die Entsendung eines britischen Geschwaders in die Ostsee.

Lu. Kopenhagen, 9. Juni. (Privatteil.) Wie der Pariser Korrespondent der „Berliner Tageblatt“ berichtet, mißt man in politischen Kreisen der Entsendung eines britischen Geschwaders nach der Ostsee große Bedeutung bei. In Paris hält man es für wahrscheinlich, nach der Ankunft der englischen Schiffe in den schwedisch-finnischen Gewässern nichts mehr von den Kriegsdrohungen seitens finnischer Kreise gegenüber Schweden zu hören. Es wird geltend gemacht, daß die Entsendung des englischen Geschwaders nicht gegen Finnland gerichtet ist, sondern Finnland gegen die Möglichkeit eines Durchbruchs von Seiten Sowjetrusslands auf Finnland durch die russische Ostseeflotte schützen soll.

Aus Persien.

Die Ermordung des deutschen Konsuls in Täbris.
 Tu. Teheran, 9. Juni. Um das deutsche Konsulat in Täbris ist zwischen Angreifern und Verteidigern ein Kampf entbrannt, der unter Anwendung von Bomben und Maschinengewehren mit aller Erbitterung geführt wird. Eine von dem Konsul Buström in Teheran eingetroffene Depesche besagt, daß ein Appell an die Gerechtigkeit in einem deutschen Herzen keinen Widerhall finden werde, daß der Weg zu den Flüchtlingen nur über seine Leiche führe und daß er nur Befehlen der deutschen Regierung gehorche. Bizekonsul Dr. v. Drußfeld ist noch nicht in Täbris eingetroffen, sondern anscheinend unterwegs zwischen Tiflis und Täbris. Die englischen Truppen in Täbris haben sich bis Käswin zurückgezogen. Die englische Flotte verläßt Täbris.
 Die Darstellung des Reuters-Bureaus, daß der deutsche Konsul in Täbris, Buström, Selbstmord begangen habe, erweist sich nach einem gestern hier eingelaufenen Bericht des deutschen Stabsarztes, Dr. Schenk in Täbris, als unrichtig. Herr Buström ist durch eine von außen durch das Konsulatsgebäude geschossene Kugel getötet worden.

WTB. Rotterdam, 9. Juni. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Teheran, die Bolschewisten haben in Astar, nordwestlich von Eneli Truppen gelandet.

Italienische Wäte.

ipu. Rom, 9. Juni. (Priv.-Tel.) In den nächsten Tagen wird das neue italienische Kabinett seine Hauptpunkte bestehen, aus der es nach der Arbeit parlamentarischer Arbeit nicht hervorgehen wird. Vermutlich kommt es zu Fall. In der älteren Politik wird nicht behauptet können, da Italiens Haltung in dieser Beziehung seit längerer Zeit feststeht und von den Parteien der Mehrheit gebilligt wird. Ein Abbruch von Frankreichs Politik, lose Beziehungen mit der amerikanischen Politik und starke wirtschaftliche Bande mit Amerika, Mitteleuropa und Rußland anzuknüpfen, das ist die äußere Politik, die von links und rechts unterstützt wird. Die Schwierigkeiten liegen im Innern, weil hier Gefahren drohen, besonders durch die sehr starke Sozialisierung, die von den größten Teilen der Arbeiterschaft gefordert wird, aber von der Regierung noch abzulehnen versucht wird, wogegen sich die Opposition der Arbeiter und Kleinbauern richtet.
 Seit dem Waffenstillstand hat diese Bewegung unaufhörlich neue Antriebe erzeugt, die teils hundert verfallen. Jede Gelegenheit wird wahrgenommen, um der Regierung die Macht dieser Bewegung zu zeigen. Jetzt ist nun in diese Bewegung wieder Leben gekommen, weil der Regierung von anderer Seite Schwierigkeiten gemacht werden. Sobald sich eine Gelegenheit bieten sollte, werden die radikalen Forderungen wieder mit aller Schärfe vorgebracht werden. Die starke Nachgiebigkeit des Kabinetts gegenüber Deutschland hat eine nationalistische Gruppe, die noch unter französischem Einfluß steht, wieder auf den Plan gebracht, es mit dieser Waffe nochmals zu versuchen, wozu die geteilten Auffassungen über die Entschädigung Italiens durch Deutschland benutzt werden. Daß Italien nicht mehr erhält, ist aber nicht die Schuld Deutschlands, sondern die der Verbündeten Italiens, die selbst so viel von der Beute für sich beanspruchen, sodaß die kleineren Völker, welche sich nicht wie Griechenland und Polen mit Haut und Haaren der Entente austiefen, fast leer ausgehen müssen. Die ententefreundliche Gruppe sieht diese Tat-

sache nicht ein, sondern verdreht die Politik und sucht die italienischen Verbindungen mit Deutschland zu hintertreiben.

Die Arbeiter wollen dagegen gerade die Beziehungen mit den Mittelmächten wieder in normale Bahnen lenken, worin sie die Unterstützung des Anhangs Giolittis finden. Nun wird sich der Kampf bald auf die ganze Linie ausdehnen und man erwartet, daß das Kabinett dem nicht standhalten kann. Es ist dann mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß Giolitti selbst, der bis jetzt noch im Hintergrund blieb, die Führung übernehmen wird, um damit auch die ententefreundliche Politik zu übernehmen, die übrigens keine Mehrheit finden kann, sich aber geltend zu machen sucht und die Verwirrung in der italienischen inneren und äußeren Politik noch größer machen wird. Auf italienischer Seite besteht der Wille, Giolitti in seinem Kampfe zu unterstützen, weil die Entente freunde fast ausschließlich aus Jogen, Freimaurern bestehen und auch Giolitti als der einzige italienische Politiker gilt, der mit der Arbeiterpartei regieren könnte, wenn auch nicht in voller Einigkeit, aber ohne aufreizend und herausfordernd die sozialistischen Parteien zu bekämpfen.

Nach der Friedensunterzeichnung.

Lond George kommt nach Paris.
 = Paris, 9. Juni. Wie der Londoner Korrespondent des „Temps“ mitteilt, wird Lord George jedenfalls am 20. Juni nach Paris kommen, um mit Millerand verschiedene Punkte des Problems der deutschen Entschädigung vor der Konferenz von Spaai zu besprechen.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.
 = Paris, 9. Juni. Nach dem „Daily Chronicle“ wird die internationale Finanzkonferenz in Brüssel frühestens am 25. Juli zusammengetreten.

Amerika und der Völkerverbund.
 WT. Chicago, 9. Juni. Reuter. Im republikanischen Konvent, der gestern eröffnet wurde, verteidigte der jetzige Vizepräsident Lodge die Haltung der Opposition des Senats in der Frage des Völkerverbundes. Es sei ein Staatenbund und kein Völkerverbund, was Präsident Wilson aus Europa nach Amerika abbracht habe. Das Volk müsse jetzt seinen Urteilspruch fällen. Weiter sei es Zeit, Mexiko gegenüber eine feste Haltung einzunehmen.

Die Volksabstimmung in Westpreußen.
 WT. Marienwerder, 9. Juni. Die Volksabstimmung im westpreussischen Abstimmungsgebiet findet am 1. Juli statt. Ein Entwürfsverlust des deutschen Kaisers?

○ Basel, 9. Juni. (Privatteil.) „Ezengange Telegraph“ meldet: Infolge eines Entwürfsverlustes des ehemaligen deutschen Kaisers auf dem Schloß Doorn wurden dort mehrere verdächtige Personen verhaftet. Mehrere Agenten der holländischen Polizei und Detektive in Zivil überwahten die Deutschen auf diesem Besitze. Der Kaiser hat seit letzter Woche nicht mehr das Recht, das Schloß zu verlassen, bevor er den Kommandanten der Polizeitruppen benachrichtigt hat.

Aus den besetzten Gebieten.

Aus der Pfalz.
 WT. Landau, 8. Juni. Von dem französischen Polizeigericht wurde der Sekretär der hiesigen Volkspartei Forno, der in einer Wahlversammlung beleidigende Bemerkungen über die französische Besatzungstruppen gemacht haben soll, zu einem Monat Gefängnis und 3000 Geldstrafe verurteilt.

WT. Birmansfeld, 8. Juni. Wie wir hören, trafen vier Delegierte des Reichsministeriums ein, um mit den hiesigen Behörden und den Industriellen über die Verminderung der Arbeitslosigkeit und die Wiederaufnahme der Arbeit in den Schmelzfabriken zu verhandeln. In der letzten Woche stieg hier die Zahl der Arbeitslosen auf 6000.

Amerikanische Truppen verlassen Deutschland.
 ipu. Amsterdam, 9. Juni. (Priv.-Tel.) Die amerikanische Regierung hat mit dem Rücktransport ihrer Truppen aus Deutschland begonnen. Der amerikanische Dampfer „Pocomantas“ ist mit den ersten 1700 amerikanischen Soldaten nach Amerika von Danzig unterwegs. Er nimmt in Antwerpen noch Material der amerikanischen Heeresleitung mit zurück.

Frankreich.

Ein Skandal.
 ipu. Paris, 9. Juni. (Priv.-Tel.) In der Kammer wurde von einem Abgeordneten mitgeteilt, daß die esaklothrinschen Offiziere, die während des Krieges in der deutschen Armee gedient hätten, mit dem gleichen Range in die französische Armee übernommen worden sind. Der Abgeordnete nannte dies einen Skandal. Die Mehrheit der Kammer war über diese Tatsache sehr erstaunt.

Holland.

Demonstrationen in Haag.
 WT. Haag, 8. Juni. Anlässlich der heute angelegten Einbringung des Gesetzes gegen revolutionäre Umtriebe versammelten sich in der Nähe des Volkshauses, auf dem eine rote Fahne aufgezogen worden war, etwa 25.000 Personen. Gegen 1 Uhr mittags zogen sie mit den sozialistischen Kammerabgeordneten an der Spitze nach dem Parlamentsgebäude. In der Nähe des Parlamentsgebäudes trat die Polizei dem Zuge entgegen. Die Beamten hatten Mühe, die andringenden Massen anzuhalten und trieben die Menge mit Gummiknüppeln und Säbeln zurück. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Lage in Irland.

WT. Rotterdam, 8. Juni. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, trafen große Mengen Munition in Irland ein. Die Parlamentarische Mission in London weigerten sich, die Kräfte für die Ausladung von militärischen Kraftwagen zur Verfügung zu stellen, worauf die Soldaten sich mit Gewalt in den Besitz der Kräfte setzten. Die Schaulente in Limerick weigerten sich, Kräfte zu buntren, die für Polizeimächthäuser bestimmt waren. Die Polizei hat sie daher unter militärischer Bewachung gelockt.

Badische Chronik.

Wilsberg (H. Durach), 9. Juni. Nachdem die Maus...

Koch (A. Rehl), 5. Juni. Wirkl. Ges. Rat Erzengel Reia...

Diernburg (H. Offenburg), 9. Juni. Am Fronleichnamfest...

Rontheim, 8. Juni. Die hiesigen Arbeiter sind...

Die Beschäftigung der badischen Heil- und Pflegeanstalten durch den Landtag.

Karlsruhe, 9. Juni. Wie bekannt, hatte der Landtag einen...

Die Förderung des Wohnungsbaues. st. Karlsruhe, 9. Juni. Der Gewerbeverein Karlsruhe hatte...

müsse aufrecht erhalten werden. Auch in diesem Bericht...

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 9. Juni 1920.

Ein Bummel über die Karlsruher Messe. bietet mancherlei Interessantes. Und zwar in rein vergnüglicher...

Die oben schon erwähnte Achterbahn ist die Aristokratin...

Die Sommerferien an den Mittelschulen beginnen auch...

Gegen den Mangel an Kupfermünzen. Der Mangel an...

bemerkt. Hierbei ist eine Aufrundung auf 5 oder 10 Pfennig...

Bandelsteil. Von den Börsen.

Frankfurt, 9. Juni. In der asienischen Warenbörsen herrschte...

Die heutige Notierungen der Frankfurter Börse. Frankfurt, 9. Juni 1920.

Table with multiple columns: Bank- und Industrie-Aktien, Telegraphische Ausgabungen, and various stock prices.

Telegraphische Ausgabungen. Geld, Brief, Geld, Brief.

Table with 4 columns: Location, Geld, Brief, Geld, Brief.

Wetternachrichtendienst d. bad. Landeswetteramts in Karlsruhe...

den hier bestehende Genossenschaften einschläger Art, wie der...

von Überlegungen machen werde. Zunächst sei er mit den Ausfü...

Vermischtes.

Karlsruhe, 9. Juni. Kammerherrin Hedra Kracema...

